

Die humanitäre Initiative der Regierung

Von Dr. Johann Baptist Gradl MdB; 2. Vors. der Exil-CDU

Rundfunk, Fernsehen und Presse in Mitteldeutschland befassen sich wortreich und heftig mit dem Brief, den Bundeskanzler Kiesinger am 14. Juni an den Vorsitzenden des Ministerrates in Ostberlin, Herrn Stoph, geschrieben hat. Offenbar bewegt der Brief des Bundeskanzlers mit seinem Wunsch, die Zeit der erzwungenen Teilung wenigstens menschlich erträglicher zu machen, die Bevölkerung in Mitteldeutschland sehr stark, so daß die kommunistische Führung eine breite publizistische Auseinandersetzung mittels Interviews, Leitartikeln und Leserbriefaktionen für notwendig hält. Das Merkwürdige dabei ist, daß die SED-Führung gegen den Brief polemisieren läßt, ohne ihn in ihrem Machtbereich zur Kenntnis zu bringen. Der Wortlaut wird den 17 Millionen in Mitteldeutschland vorenthalten. So sehr mißtraut also die SED noch achtzehn Jahre nach Gründung der sogenannten DDR dem selbständigen und eigenwilligen Urteil der von ihr beherrschten Menschen.

Der Brief des Bundeskanzlers gipfelt in dem Vorschlag, ohne politische Vorbedingungen Gespräche über praktische Fragen des Zusammenlebens der Deutschen aufzunehmen und für diese Gespräche Beauftragte zu benennen. Herr Stoph hat auf diesen Brief noch nicht geantwortet. In einem Interview im „Neuen Deutschland“ hat er dieser Tage gesagt, nach den Wahlen zur Volkskammer werde sich Ost-Berlin mit dem Brief des Bundeskanzlers beschäftigen. Ob die Antwort hilfreich sein wird für unseren Versuch, das Leben im geteilten Deutschland für die Menschen erträglicher zu machen, das wird die angekündigte Stellungnahme des Herrn Stoph zeigen. Seine sonstigen Ausführungen in dem Interview sind nicht geeignet, Hoffnung zu wecken. Ehe wir endgültig ur-

teilen, wollen wir jedoch die Antwort abwarten.

Wohl aber muß man schon jetzt einiges sagen zu der politischen Argumentation Ost-Berlins gegen die humanitäre Initiative der Bundesregierung. Wieder wird der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie an dem festhalte, was man in Ost-Berlin Alleinvertretungsanmaßung nennt. Worum geht es in Wirklichkeit? Es geht weder um Anmaßung noch darum, Sie, liebe Landsleute in Mitteldeutschland, zu bevormunden. Es geht uns ausschließlich darum, das für Sie auszusprechen, was Sie selber wegen des Meinungs- und Machtmonopols der SED nicht offen und frei sagen und was Sie schon gar nicht in einem eigenen, mit dem Kommunismus konkurrierenden politischen Willen geltend machen können. Solange Ihnen

drüben die menschlichen und politischen Grundrechte vorenthalten werden, so lange hat die einzige frei gewählte und demokratisch legitimierte deutsche Regierung, eben die Bundesregierung, nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, auch für Sie, für die Belange der siebzehn Millionen in Mitteldeutschland mit einzutreten. Diese Pflicht ist eine Sorgspflicht aus der nationalen Solidarität der Deutschen als ein Volk. In keiner Weise maßen wir uns damit an, Ihnen in Mitteldeutschland Ihre Gedanken, Ihr Tun und Lassen vorzuschreiben. Was wir nur wollen, das ist ein Zustand, in dem Sie Ihre Meinungen und Entscheidungen frei bilden, vertreten und demokratisch durchsetzen können. Die unfreien Volkskammerwahlen vom 2. Juli mit Einheitslisten, auf denen die SED-Mehrheit bereits vorbestimmt war, kann man wirklich nicht als eine demokratische Willensäußerung bewerten. Was aber unsere angebliche Anmaßung angeht, so ist zu erwidern: Es gibt in Deutschland nur eine einzige Anmaßung solcher Art, nämlich das Macht- und Herrschaftsmonopol der SED, das nach 1945 mit sowjetischer Hilfe begründet und seither von sowjetischen Divisionen geschützt wird.

Chefpropagandist Eisler hat sich schrecklich erregt darüber, daß wir ihn vertreten wollen. Da kann ich ihn beruhigen. Wir haben nicht die Absicht, für ihn zu sprechen. Er gehört ja zu denen, die sagen können, was

sie wollen. Unsere Sorge gilt den anderen, die das nicht können — und die sind die gewaltige Mehrheit in Mitteleuropa.

Solange Deutschland gespalten ist und die Kommunisten in einem Teil das Monopol der Alleinherrschaft beanspruchen, so lange wird der politische Meinungskampf über die Zonen-grenze hinweg unvermeidlich hart sein. Aber die Frage ist ja gerade, ob nicht dennoch Raum für mehr Menschlichkeit geschaffen werden kann. Weder der Welt, die in der Mitte Europas Entspannung gut gebrauchen könnte, noch uns Deutschen selber — kommunistische oder nichtkommunistische — wird auf die Dauer genützt, wenn politische Gegensätze übersteigert werden zu unmenschlicher Härte und Gewaltanwendung. Konfliktherde gibt es ohnehin mehr als genug in der Welt. Auch kann nicht ernsthaft angenommen werden, daß sich ein großes Volk mit alter Geschichte auf ewig zu nationaler Schizophrenie verurteilen läßt.

Deshalb wird sich die Bundesregierung gerade aus Verantwortung für Entspannung und Frieden nicht abbringen lassen von ihrem Bemühen um Erleichterungen für die Menschen beider Teile Deutschlands, um verstärkte wirtschaftliche und verkehrspolitische Zusammenarbeit und um wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch.

Unsere Vorschläge verlangen keine „Unterordnung der souveränen DDR unter die Bonner Regierung“, wie das „Neue Deutschland“ behauptet. Wir haben unsere Vorschläge ja gerade freigehalten von politischen Vorbedingungen. Wenn Unterordnung verlangt wird, dann nur eine: nämlich Unterordnung unter gesunden Menschenverstand und deutschen Gemeinsinn. Die Vorschläge der Bundesregierung bedürfen, um verwirklicht zu werden, nichts weiter als guten Willen. Sie sind zweckmäßig im Interesse der Menschen. Nicht minder wichtig ist aber, daß sie dem Gebot des politischen Realismus entsprechen, nämlich:

Zur Lösung der Deutschen Frage

Auszug aus einer Rede Kurt Georg Kiesingers

Was uns im Interesse der Entspannung und der Anbahnung eines gerechten Friedens möglich ist, ist dies, daß wir im Blick auf die enormen Schwierigkeiten des deutschen Problems Methoden der stufenweisen Anbahnung einer endgültigen Lösung vorschlagen und annehmen, die dem Willen unserer Landsleute im anderen Teil Deutschlands gerecht wird. Dazu bedarf es geduldiger Bemühungen, um die Schaffung eines besseren Klimas zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn, vor allem zwischen uns und der Sowjetunion.

Das Verhältnis zur Sowjetunion ist das Schlüssel-Problem zur Lösung der deutschen Frage.

Wir haben auch unser Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands durch Vorschläge zu entkrampfen versucht, die der Vernunft und den Geboten der Menschlichkeit entsprechen, und die, solange eine gerechte Lösung nicht erreichbar ist, wenigstens die durch die Spaltung unseres Landes bedingte menschliche Not lindern soll.

Man ist drüber auf diese Vorschläge nicht eingegangen. Man verlangt von uns die Hinnahme und rechtliche Bestätigung des Status quo, also die bedingungslose Kapitulation.

Das wird man uns nicht abzwängen, nicht auf einmal und nicht in Stücken.

Ich habe mir nicht eingebildet, daß unsere Vorschläge drüber mit Jubel begrüßt und angenommen würden, aber diese Vorschläge müssen uns vor aller Welt ausweisen als Deutsche,

die in einer schwierigen Situation auf vernünftige und praktische Weise sowohl den Lebensinteressen ihres eigenen Volkes als auch der Entspannung und dem Frieden zu dienen bemüht sind.

Allein auf diese Weise wird es uns gelingen, in der Welt jenes Vertrauen und jene moralische Unterstützung zu mobilisieren, auf die wir angewiesen sind.

Ich rede keinem leichtfertigen Optimismus das Wort, aber auch keiner verzagten Resignation. Weder sterile Aufge-reiztheit noch tatenloses Abwarten, weder dogmatische noch sentimentale noch illusionäre Wirklichkeitsferne helfen uns weiter. Geduldige, unverdrossene, redliche, verantwortungsvolle Mühe allein wird uns weiterbringen — vorausgesetzt, daß das deutsche Volk, das ganze deutsche Volk, im Willen zusammenzukommen und die dafür nötigen Opfer zu bringen, nicht erlahmt.

1. Keiner der beiden Seiten wird politisch Unzumutbares abverlangt. Keine Seite vergibt sich etwas an Prestige oder in ihrer politischen Grundauffassung, wenn sie im Sinne der Vorschläge verfährt.

2. Keine fremde Hilfe wird benötigt. Die Vier Mächte brauchen nicht in Anspruch genommen zu werden.

3. Nichts wird empfohlen, was die Interessen anderer Mächte

stören würde. Das sogenannte Gleichgewicht der Kräfte in der Mitte Europas bleibt unberührt; der erklärte Gewaltverzicht der Bundesregierung ist eine zusätzliche Sicherung.

Alles was in den Vorschlägen der Bundesregierung empfohlen wird, können wir Deutsche allein tun. Auf unserer Seite ist die Bereitschaft da. Wir warten auf die Antwort von Herrn Stoph, nicht ungeduldig, aber auch nicht gleichgültig.

Wortlaut des Kiesinger-Briefes

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Ihren Brief vom 10. Mai 1967 habe ich erhalten. Leider geht er auf meine Regierungserklärung vom 12. April 1967 nicht ein; ich füge ihren Wortlaut bei. Sinn und Zweck dieser Erklärung ist: Solange grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten eine gerechte Lösung der deutschen Frage verhindern, muß im Interesse des Friedens unseres Volkes und der Entspannung in Europa nach innerdeutschen Regelungen gesucht werden, welche die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen den Deutschen in Ost und West so weit wie möglich fördern.

Sie hingegen sagen: Alles oder nichts! Sie erheben Forderungen nach der politischen und völkerrechtlichen Anerkennung einer Spaltung Deutschlands.

dem Willen der Menschen beider Teile unseres Vaterlandes widerspricht. Sie machen die Erfüllung dieser Ihrer Forderungen zur Voraussetzung von Gesprächen. Wollte ich wie Sie verfahren, so müßte ich eine unverzügliche, geheime und international kontrollierte Volksabstimmung fordern. In der gegenwärtigen Lage führt uns eine solche Konfrontation jedoch nicht weiter. Dagegen halte ich es für geboten, darüber zu sprechen, wie wir verhindern können, daß die Deutschen menschlich auseinanderleben. Das darf um so weniger in einer Epoche geschehen, in der sogar lange verfeindete europäische Völker immer näher zusammenrücken! Das Leben im geteilten Deutschland muß erträglicher werden. Es ist die Pflicht aller Verantwortlichen, nach besten Kräften dazu beizutragen.

Das Wohl unseres Volkes gebietet, die Spannungen in Deutschland nicht zu vermehren, sondern zu mindern. Mit unserer Rechtsauffassung, an der wir uneingeschränkt festhalten, beabsichtigen wir alles andere als die Bevormundung der Menschen im anderen Teil Deutschlands. Nur solange es diesen Menschen versagt bleibt,

ihren Willen über das Schicksal unserer Nation zweifelsfrei zu bekunden, obliegt es der frei gewählten Bundesregierung, auch für sie zu sprechen.

Auch Sie bejahen die Verantwortung, unserem Volk den Frieden zu erhalten. Zu den zahlreichen Schritten, die die Bundesregierung zur Sicherung dieses Friedens unternommen hat, gehört unser feierlicher Verzicht auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Er gilt allgemein und duldet keine Ausnahme. Deshalb muß die Bundesregierung mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß auch im anderen Teil Deutschlands

auf die Anwendung von Gewalt verzichtet wird.

Sie fordern mich auf, von den ‚Realitäten‘ auszugehen. Die Realität, die Sie und ich anerkennen müssen, ist der Wille der Deutschen, ein Volk zu sein. Ich schlage deshalb vor, daß von Ihnen und von mir zu bestimmende Beauftragte ohne politische Vorbedingungen Gespräche über solche praktischen Fragen des Zusammenlebens der Deutschen aufnehmen, wie sie in meiner Erklärung vom 12. April enthalten sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung
(gez.) Kurt Georg Kiesinger“

Zur Deutschen Frage

Von Dr. Rainer Barzel

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Menschen in der Zone — und um diese deutschen Europäer geht es — sehen nicht in allem, was wir hier machen, ihr Leitbild bestätigt. Uns stehen weder erhobener Zeigefinger noch onkelhaftes Getue zu. Uns steht zu, mit aller Kraft unserer gesamtdeutschen Sorgspflicht zu entsprechen.

Die Menschen drüben haben ein Gefühl, abgesondert, gemeinsam Schweres ertragen und gemeistert zu haben. Aber sie sind keine Kommunisten geworden. Sie erwarten unsere stetige Initiative.

Im Januar ist in Ost-Berlin ein lesenswertes Buch erschienen: „Jugend heute“. Autor ist Walter Friedrich, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Amtes für Jugendfragen beim „Ministerrat der DDR“. Darin heißt es: „Die weltanschaulichen, gesellschaftlichen und moralischen Einstellungen der Kinder sind eindeutig an den Normen der Familie orientiert... Die ideologische Prägung erfolgt u. E. entscheidend durch die Familienziehung. Der Einfluß der Familie auf die politisch-weltanschaulichen und die damit verknüpften Einstellungen ist gegenwärtig sehr groß.“

War nicht unter Marxisten immer davon die Rede, daß es

die ökonomischen, die gesellschaftlichen Verhältnisse seien, die das Bewußtsein des Menschen bestimmen? Und hier wird offiziös, nach zwanzigjähriger Indoktrination, festgestellt: Nicht die Partei, nicht die FDJ, nicht sonstige gesellschaftliche Verhältnisse prägen entscheidend das Bewußtsein der Jugend, sondern vor allem anderen — die Familie!

Wer wollte es auf sich nehmen, vor dieser Jugend und vor diesen deutschen Familien zu kapitulieren? Das aber täte, wer Ulbrichts Separatismus sanktionierte.

Dieses Nein zum Falschen — so wichtig es ist — genügt nicht.

Wir müssen uns Gedanken machen auch über die militärischen, ökonomischen und ideologischen Interessen der Sowjetunion in Mitteleuropa — und darüber, ob und wie wir dem entgegenkommen können. Heute gibt es keinen Preis für die deutsche Einheit; aber es wird ihn geben — es wird ihn geben, wenn wir das ausloten, wachsam verfolgen und dabei die äußerste Grenze unserer Zustände vorher kennen.

Es wird ihn nicht geben, wenn wir entweder immobiles Nein zu allem oder lauthalses

Ja zu den Ausverkaufspositionen der vielen billigen Jakobs sagen!

Und schließlich: Auch Pankow ist wichtig, aber Moskau ist wichtiger.

Wir wissen, was alles der Lösung der deutschen Frage entgegensteht. Wir wissen zugleich, daß sie durch Resignation, gar noch der Deutschen, unlösbar würde; daß ohne Lösung unserer Probleme eine europäische Ordnung, die gerecht und dauerhaft ist, unmöglich bleiben wird.

Wir wissen weiter: Wir werden weder die SBZ als „DDR“ anerkennen noch etwas tun, das sachlich oder tatsächlich oder in der Weltmeinung so aufgefaßt werden müßte. Die Verzichts-Romantiker und die Anerkennungs-Fanatiker helfen

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Otto Meier, 1 Berlin 42, Strasserweg 277. Wir danken für Ihre Hilfe.

nicht weiter. Ebenso hinderlich sind die, welche jede neue Methode, jede andere Erwägung schon als Prinzipien-Verstoß ansehen.

Auf unserem Programm stehen:

1. Zu kämpfen für menschliche Erleichterungen im ganzen Deutschland. Wir haben initiativ eine neue Bunde eröffnet. Ohne politische Veränderungen könnte vieles zugunsten der Menschen geschehen. Nicht politische Forderungen — gar maximale — nach vorne zu spielen ist unser Bedürfnis. Für die Menschen zu handeln ist unsere Maxime.

2. Eine europäische Friedensordnung mit Selbstbestimmung der Deutschen durch europäische Bemühungen leichter zu machen. Wir werden uns nicht beirren lassen, mit Festigkeit und Geduld zu erreichen, daß deutsche Botschafter nicht nur in Moskau und Bukarest das wirkliche Deutschland vertreten.

3. Gestützt auf unsere Freunde den Ausgleich nach Osten und das — würdige — Gespräch mit Moskau zu suchen.

Leider stellt Moskau sich — selbst laut und oftmals beleidigend werdend — taub zu dem,

was wir sagen. Leider schreiben Pankow zwar viele Briefe, und sagt aber nichts Neues. Wir werden in dieser Papierflut weder ertrinken noch die gewonnene Initiative wieder verlieren.

Unsere Reaktion wird bestimmt bleiben einmal von dem, was für die Menschen an humanitärem Fortschritt erreichbar ist, und zum anderen davon, was uns unsere prinzipiellen Positionen erlauben. Und: Wir werden nicht alles auf offenem Markte erörtern. Wir warnen vor denen, welche Gräfin Dönhoff als ostpolitische „Hektiker“ abqualifiziert, weil sie „mit doppelter Geschwindigkeit kopflos in die Zukunft brausen“.

Der Wille zur Selbstbehauptung der Deutschen: die Erkenntnis, daß hierzu langer Atem wie die Kunst notwendig sind, zu wissen, wo Kampf und wo Dialog, wo Reden und wo Schweigen, wo Reagieren und wo Ignorieren am Platze sind; der Zusammenhalt der Deutschen über künstliche Grenzen hinweg; die Unterstützung möglichst vieler in aller Welt für unser Anliegen — das bleiben Notwendigkeiten der deutschen Politik.

SED-Kommentare:

Zum Brief Kiesingers

„Das Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Juni des Jahres bestätigt erneut, daß er und seine Kabinettsmitglieder die Gefühle der Menschen in beiden deutschen Staaten mißbrauchen, eine demagogische Politik des kalten Krieges betreiben und offensichtlich die Rolle Israels kopieren möchten.“

Aus: DER MORGEN (LDPD), Ost-Berlin, Nr. 139 vom 18. 6. 1967.

„Bisher gibt es im Westen wirklich nichts Neues. Es sind die alten revanchistischen Ziele, die nur mit noch raffinierteren Mitteln und Methoden durchgesetzt werden sollen.“

„... Im übrigen, die Regierung der DDR unternimmt in der Tat alles, um eine Nor-

malisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik herbeizuführen...“

Aus: NEUES DEUTSCHLAND (Organ des ZK der SED), Ost-Berlin, Nr. 168 vom 21. 6. 1967.

„... wie kann man einer giftigen Schlange beibringen, nicht zu beißen. Am besten dadurch, daß man ihr den Kopf zerdrückt. Und das muß und wird historisch mit den westdeutschen Alleinvertretungsnarren geschehen müssen.“

Aus: JUNGE WELT (Organ des Zentralkomitees der FDJ), Ost-Berlin, Nr. 146 vom 23. 6. 1967.